



Mit GROßem Einsatz

Ihr Bundestagsabgeordneter Michael Groß



Gesetzlichen Mindestlohn armutsfest machen!

Die Einführung des Mindestlohns war ein arbeitsmarktpolitischer Meilenstein. Und dennoch: 8,84 Euro pro Stunde bei 40 Stunden Arbeit in der Woche ergeben lediglich ein Gehalt von knapp 1.532 Euro brutto im Monat. Wer auf Dauer wenig verdient, läuft automatisch in die Falle der Altersarmut.

Deshalb fordere ich:

- einen existenzsichernden und armutsfesten Mindestlohn in Höhe von 12 Euro
- ein Verbandsklagerecht für Betriebsräte und Gewerkschaften
- eine Ausweitung der Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohns
- die Abschaffung aller Ausnahmen, insbesondere für Jugendliche und Langzeitarbeitslose.

Langzeitarbeitslosigkeit durch öffentlich geförderte Beschäftigung abbauen!

Erwerbsarbeit dient nicht nur der Existenzsicherung. Sie befähigt Menschen, an der Gesellschaft teilzuhaben, und gibt ihnen Selbstachtung. Deutschland braucht eine echte Vollbeschäftigungsstrategie. Keiner darf verloren gehen, kein Talent darf unentdeckt bleiben.

Deshalb fordere ich:

- die Schaffung eines Sozialen Arbeitsmarktes
- die Beendigung der Projektitis und Umstellung auf dauerhafte Förderstrukturen.
- die Einführung eines solidarischen Grundeinkommens, welches Jobs bei städtischen Unternehmen schafft und unsere Städte entlastet
- mehr Personalmittel für die Jobcenter, um die Integrationsquoten dauerhaft zu erhöhen.

Kinderarmut entgegenwirken - Bildung stärken!

Kinder sind arm, weil ihre Eltern arm oder von Armut bedroht sind. Oft trifft dies auf allein Erziehende zu. Gute und fair entlohnte Arbeit für die Eltern ist deshalb die Grundvoraussetzung, um Kinderarmut vorzubeugen. Armut darf sich nicht verstetigen. Bildungs- und Lebenschancen von Kindern in Deutschland müssen verbessert werden, um Armut zu bekämpfen.

Deshalb fordere ich:

- die Umsetzung eines Rückkehrrechtes von Teil- in Vollzeit
- eine realitätsnahe Berechnung der Hartz-IV-Sätze
- die Abschaffung der Anrechnung von Kindergeld auf Hartz-IV-Leistungen der Eltern
- einen verstärkten flächendeckenden Ausbau kostenloser Betreuungsplätze im Krippen- und Kindertagesbereich sowie einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Schule.

Lebensstandard sichern - Altersarmut verhindern!

Aktuell stocken 1 Millionen Rentnerinnen und Rentner ihre Rente durch Grundsicherung auf. Diese Zahl wird steigen. Altersarmut entsteht meist durch Erwerbsarmut. Erwerbsbiografien sind brüchiger geworden und immer mehr sind von Soloselbstständigkeit, Mini-Jobs und auch von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.

Deshalb fordere ich:

- Die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente muss wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge werden. Das gesetzliche Rentenniveau muss deutlich oberhalb von 50% stabilisiert werden.
- Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss an die gesetzliche Rente (u. a. freie Mittel Riester) und, wie vom DGB vorgeschlagen, durch eine Demografiereserve zu schließen.
- Die Riesterrente ist – bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge – abzuschaffen. Die Stärkung der Erwerbsminderungsrente ist, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, schnell umzusetzen.
- Die Mütterrente auszuweiten und über Steuern zu finanzieren.

Armut macht krank - Krankheit macht arm!

Die Gesundheit eines Menschen in Deutschland wird stark von gesellschaftlichen Voraussetzungen beeinflusst: Bildungschancen, den daraus resultierenden beruflichen Perspektiven, der Wohnsituation sowie dem Zugang zur medizinischen Versorgung. Wer arm ist, ist häufiger krank und stirbt früher.

Deshalb fordere ich:

- Abschaffung der 2-Klassengesellschaft in der grundlegenden Daseinsvorsorge
- eine Erhöhung des Anteils an den Kosten der Gesundheitsversorgung und der Ernährung beim Hartz-IV-Regelsatz
- die volle Befreiung von Zuzahlungen bei Medikamenten und Krankenhausaufenthalten für arme Menschen
- eine flächendeckende Infrastruktur zur Gesundheitsversorgung in Stadt und Land.